

Beide Varianten dieses dritten Szenarios hätten allerdings zur Konsequenz gehabt, dass neben den kleinen Oppositionsparteien ein weiterer, beachtlicher Teil von rund 25 Prozent der Wähler nicht mehr in der Landesregierung repräsentiert gewesen wäre. In beiden Varianten wäre die Regierung dann zwar in ihrem Reden und Handeln möglicherweise politisch glaubwürdiger und geschlossener angesichts der latenten Referendumsdrohung gleichwohl insgesamt nicht automatisch politisch erfolgreicher, da die „Abwahl“- beziehungsweise Delegitimierung viertel im Jahr an der Urne erfolgen kann.

Ein von manchen verfochtenes Aufgeben der Konkordanz im Sinne eines Systemwechsels hin zu einer Konkurrenzregierung erscheint – trotz der immer wieder aktuellen Spannungen zwischen den vier Bundesratsparteien – wegen der systemisch inhärenten, strukturellen Besonderheiten des schweizerischen politischen Systems auch langfristig eher unwahrscheinlich. Eine „Kleine Koalition“ wäre politisch zu schwach gegenüber der (außer-)parlamentarischen Opposition. Nur mit der Einbindung der Wählerklientel aller vier Parteien gemäß dem Grundsatz des freiwilligen Proporztes können die bestehenden repräsentativ-demokratischen Institutionen (Parlament, Regierung) angesichts der starken direktdemokratischen Mechanismen ihre Handlungsfähigkeit dauerhaft sichern.

Am 10. Dezember 2003 wurde die amtierende Bundesrätin *Ruth Metzler* von der Vereinigten Bundesversammlung in einer Kampfabstimmung nicht im Amt bestätigt, sondern statt ihrer als 107. Bundesrat in der Geschichte des schweizerischen Bundesrates der Zürcher SVP-Politiker *Christoph Blocher* gewählt und am selben Tag vereidigt.

Burkard Steppacher

Die vierten Parlamente in Estland, Letland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade

Beinahe 14 Jahre sind vergangen, seit die baltischen Staaten 1991 wieder unabhängig wurden. Inzwischen sind sie sogar Mitglied der EU. Fast könnten die vierten Parlamentswahlen also schon als Routine bezeichnet werden, und das sind sie auch insofern, als sie keine Überraschungen bereithielten, wenn auch die Ergebnisse länger nicht wie in westeuropäischen Staaten durch die Demoskopie halbwegs sicher zu prognostizieren und grundlegend unspektakulär oder die Parteiensysteme auch nur so stabil wie in anderen postsowjetischen Ländern wie Polen, Tschechien oder Ungarn wären. Das einig: Estland, Letland und Litauen.

Gleichzeitig gibt es große Unterschiede zwischen den baltischen Staaten, die mit jedem Jahr nach 1991 deutlicher sichtbar werden. Dies ist zunächst einmal dem ganz unterschiedlichen Wahlurnus geschuldet. Die Letten hatten nämlich anfangs ihre Gesetzgebung der Zwischenkriegszeit reaktiviert und damit auch die Legislaturperiode von nur drei Jahren, wobei die erste von 1993 bis 1995 sogar noch kürzer war, um auf den traditionellen Herbst-Wahltermin zu kommen. Somit wird 2006 bereits die 9. Saeima, also

neufte lettische Parlament nach 1991, gewählt, während die Litauer 2004 erst zum

Mal an die Urnen gingen.

Einmal, welches außerdem erheblich weniger Migranten aus den früheren Sowjetrepubliken als seine beiden nördlichen Nachbarn, bleibt aber nicht nur deshalb politisch das Land. Erst 2000 kam es zu erheblichen Veränderungen im Parteiensystem, wobei die politischen Landschaften in Estland und Letland seit Beginn geprägt waren. Die Regierungen waren in Litauen besonders langjährig, während in Letland nahezu ein neues Kabinett regiert. In Estland hat es *Mart Laar* mit seiner zweiten Regierungsmehrheit auch auf eine Amtszeit von drei Jahren gebracht. Freilich wird sich nach jüngsten Umrangung in Litauen, der ein ebenso fragmentiertes Parlament hervorgebracht hat, wie man es aus den anderen baltischen Ländern gewohnt ist, erst erweisen, wie stabil die nächste Regierung ist.

Estland

Regierungswechsel vor den Wahlen

Laar von der Vaterlandsunion trat Anfang 2002 als Ministerpräsident der seit 1991 längsten amtierenden Regierung zurück, nachdem der Koalitionspartner „Reformpartei“ politisch wichtigen Stadtrat der Hauptstadt Tallinn das analog geschlossene Mandat beendete. In beiden Fällen wurde eine Koalition mit der bis dahin oppositionellen Zentrumspartei gebildet, deren Glaubwürdigkeit unter den sehr unterschiedlichen Standpunkten von *Sime Kallas* (Reformpartei) und *Edgar Savisaar* (Keskeraakond – Zentrumspartei) vor allem über die Steuersätze litt. Über Jahre hatten die beiden Parteien ein diametral entgegengesetztes Image gepflegt. Gleichzeitig kennzeichnete die beiden Politiker seit sowjetischen Zeiten gut. Schon Ende der 80er Jahre waren sie zwei der vier Initiatoren der IME-Idee (Isemajandav Eesti – Selbstwirtschaftendes Land).

Kallas wurde schließlich zum neuen Ministerpräsidenten gewählt, obwohl die Fraktion des Partners viel größer war. Doch *Savisaar* wollte seine Position als Bürgermeister von Tallinn, in die er erst kurz zuvor gewählt worden war, nicht aufgeben. Die neue Regierung blieb im Parlament jedoch in der Minderheit, weil die Volksunion von *President Toomas Kivistik* aus Angst vor Populäraritätsverlust der Koalition nicht formell beitreten wollte. Zur Erklärung dieser teilweise doch überraschenden Verbindung führte *Ignat Kallas* von der Reformpartei an, dass man die lange Zeit oppositionelle Zentrumspartei in die Regierung einbinden müsse, damit diese nicht eines Tages einen großen Sieg erzielen und eine „plats-puhaks“-Politik betreiben würde.²

Die direkte Übersetzung dieser Parole lautet: „den Platz säubern“. Sie wurde vom späteren Staatspräsidenten *Lennart Meri* während seiner Zeit als Außenminister der Regierung *Savisaar* (1990 bis 1992) am radikalsten umgesetzt, indem er bei Amtsantritt 1990 die damals knappe Besetzung des Ministeriums von zehn Personen komplett entließ und sich mit neuen Mitarbeitern umgab. Vgl. *Mart Laar/Urmas Ott/Siire Endre*, *Teine Eesti*, Tallinn 2000, S. 677.

² Vgl. *Jüri Ruus*, *Koalitsiooniteooriad. Eesti näide*, in: *Rein Toomla* (Hrsg.), *Rüütkogu valimised 2003*, Kas maunuste jävel?, Tartu 2003, S. 43 – 72.

Nach der Gründung der Reformpartei 1994 wurde 2002 mit der „Vereinigung für die Republik – Res Publica“ (Ühendus Vabariigi Eest – Res Publica) erstmals wieder eine neue Partei gegründet, die aber bei näherer Betrachtung nicht wirklich neu ist. Schon 1989 gab es eine Organisation namens Res Publica, die allerdings nach der Unabhängigkeit nie in Erscheinung getreten war. Die nun registrierte Partei wird unterstützt von Ex-präsident *Lennart Meri*, der auch in der damaligen Res Publica politisch aktiv gewesen war. Die Gründung der Partei hängt nach *Ewald Mikkel* Ansicht auch mit der Chancelosigkeit der Generation der unter 30-jährigen zusammen, in – ohnehin jungen – anderen Parteien schnell Karriere zu machen.³

Vorsitzender wurde zunächst *Rein Taagepera*. Der inzwischen fast 70 Jahre alte Exil-Este aus Kalifornien, der halbjährlich an der Universität Tartu Politische Wissenschaft lehrte, hatte lange gegögert⁴, und sein einziges Engagement als Politiker datiert auf die Präsidentschaftskandidatur von 1992, als er sich von *Savisaar* Zentrumspartei nominieren ließ. Allerdings hatte *Taagepera* auf dem Gründungskongress der neuen politischen Kraft angekündigt, dass er nur für ein halbes Jahr zur Verfügung stehe. Zu den nächsten Kommunalwahlen müsse die Partei einen Ersatz finden. Zu seinem Nachfolger wurde *Tõnis Pahn* bestimmt, der bis zu dem erwähnten Misstrauensvotum durch Zentrum- und Reformpartei in Tallinn für die Vaterlandsunion Bürgermeister gewesen war. Res Publica erhielt also reichlich Zuwachs aus anderen konservativ-liberalen Parteien, während *Taagepera* seit 1992, als er für die Zentrumspartei als Präsident kandidiert hatte, keiner Partei mehr zuzurechnen gewesen war und der spätere Ministerpräsident *Juhan Parts* vorher parteipolitisch überhaupt nicht aktiv gewesen war. Nichtsdestotrotz erzielte die neue Partei in Umfragen zunächst dürftige Ergebnisse, die teilweise zur Freude der etablierten Parteivertreter sogar den Einzug in das Parlament fraglich erscheinen ließen. Res Publica machte außerdem durch die eigene Finanzierung von sich reden, weil die Aktivisten sowohl Geld von Banken liehen, als auch eigenes Vermögen einbrachten und dies komplett offen legten – ganz im Unterschied zum häufig hinter den Kulissen stattfindenden Sponsoring.⁵

Die Reformpartei vereinigte sich mit der Partei „Russisch-Baltische Partei in Estland – Vene Balti Erakond Eestis“ von *Sergei Ivanov*, der den Schritt damit begründete, dass sich eine Vertretung der russischstämmigen Staatsbürger nicht realisieren lasse. *Siin Kallas* kommentierte nur, es gebe in jedem Volk Menschen mit unterschiedlichen Interessen, solche die eher links und solche die eher rechts stünden. Überdies gab es Anstrengungen,

3 „The founders of Res Publica were unable to carve out careers in the 'old', established parties. Facing the prospect of exclusion from the top power positions for the next 20-30 years until the core of the current political establishment (now in their thirties and forties) will be ready to leave the political scene, political activists from this generation decided to design their own political project. They made a serious effort to secure the support of specific circles of the business community who were, for different reasons, dissatisfied with their position vis-à-vis the political and economic process. A diverse group of politicians and well-known public figures who had been excluded from the current elite establishment or who were disappointed with recent socio-economic and political developments were, therefore, effectively incorporated into the new project.“, in: *Ewald Mikkel*, Europe and the Estonian parliamentary election of 2 March 2003, RIIA/OERN Election Briefing No 11, May 2003, S. 4.

4 Diese Zurückhaltung spiegelt sich nicht wider in seinem Beitrag für den Sammelband der Universität Tartu über die Wahlen 2003, vgl. *Rein Taagepera*, Res Publica tõus ja tulevik, in: *Rein Toomla* (Hrsg.), a.a.O., S. 165 – 177.

5 Vgl. *Ewald Mikkel*, a.a.O., S. 5.

Reformpartei mit Res Publica, die aber bisher wegen der sehr unterschiedlichen Wahlchancen zu Estnischen Ergebnis führten.

der Wahl zum Europäischen Parlament 2004 änderten außerdem die Moderaten allmählich ihren Namen in Sozialdemokratische Partei (Sotsiaaldemokraatlik Erakond).

3. Das Ergebnis der Wahl zum estnischen Parlament vom 2. März 2003

Die Wahl in Estland am 2. März 2003 sorgte sowohl für Überraschungen als auch Bestätigungen (vgl. Tabelle 1).⁶ Wie prognostiziert siegte die Zentrumspartei mit einem Stimmenanteil von 25,4 Prozent. Damit wurde sie zwar stärkste Partei, aber ihre Fraktion ist nicht größer als jene von Res Publica, die 24,6 Prozent erhielt. Deren Spitzenkandidat *Juhan Parts* war vorher Präsident des Rechnungshofes und gab diesen Posten zugunsten der Spitzenkandidatur für Res Publica auf. Im 101-köpfigen Parlament haben beide Parteien je 28 Sitze. Überraschend an diesem Ergebnis war, dass Umfragen vorher die Zentrumspartei deutlich über- und Res Publica deutlich unterbewertet hatten.⁷ Doch wie schon 1999 blieb *Savisaar* von der Regierungsbildung ausgeschlossen. War *Kallas* 2002 geschlossenes Bündnis mit der Zentrumspartei eine Koalition auf Zeit, um selbst an die Macht zu kommen?, war nun klar, dass *Savisaar*, der sich seit seinem Rücktritt als Innenminister wegen seiner heimlich aufgezzeichneten Sonderungsgespräche, in dauerhafter Opposition befunden hatte, erneut keinen Partner finden würde – und dies obwohl Präsident *Rüütel* ihn als Vertreter der nach Prozenten stärkeren Partei trotz offensichtlicher Chancenlosigkeit zunächst mit der Regierungsbildung beauftragt hatte.

Wurde die auf den ersten Blick politisch überraschend wirkende so genannte Drei-Religion gebildet: Res Publica, Reformierakond (Reformpartei) und Rahvaliid (Volksunion). Für die beiden erstgenannten als liberal-konservativ geltenden Kräfte wäre die Verhandlung sicher ein denkbarer und ideologisch nahe liegender Partner gewesen. Die Angst vor dem Verdikt der Bevölkerung und drei Jahre Koalitionserfahrung mit *Part Laar* als Regierungschef ließen die Partner jedoch die Volksunion wählen, welche sich den derzeitigen Präsidenten *Arnold Rüütel* stellt. Die Koalition wollte offensichtlich in der derzeitigen Populärität der Volksunion und ihres Präsidenten profitieren, und so musste *Parts* dem Drängen seiner Partei nachgeben, die Vaterlandsunion nicht für eine möglichst breite Mehrheit im Parlament in die Regierung aufzunehmen. Stoff für inhalt-

Bemerkenswert an diesem Wahlkampf war die Professionalität der Wahlslogans: So setzte Res Publica auf „Vali kord – Wähle die Ordnung“, die Zentrumspartei auf eine breit angelegte Kampagne mit dem Spruch „Meiega võidavad kõik – Mit uns gewinnen alle.“ Die Moderaten wiederum besannen sich auf ihr sozialdemokratisches Gedankengut und wandten sich mit „Töö ja lapsed – Arbeit und Kinder“ an Familien. Die Reformpartei entschied sich für: „Vali parem tulevik – wähle die bessere Zukunft“. Eher nicht in jedem Land denkbar war ein in rosa gehaltenes Plakat der Vaterlandsunion, welches *Kallas* und *Savisaar* unter dem Schriftzug „Meie Liibe“ zeigte.

Vgl. *Ewald Mikkel*, a.a.O., S. 3.

Hierzu gibt es in Estland auch andere Meinungen, vgl. *Jüri Ruus*, a.a.O., S. 43 – 72.

Vgl. *Axel Reitz*, From Personality to Anti-coalition. Exclusion as a Principle of Coalition Making, in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Nr. 6 (108), Tallinn 2001/2002, S. 137 – 144 und Nr. 7 (109), Tallinn 2001/2002, S. 134 – 144.

1.2. Verändertes Parteienspektrum

Nach der Gründung der Reformpartei 1994 wurde 2002 mit der „Vereinigung für die Republik – Res Publica“ (Ühendus Vabariigi Eest – Res Publica) erstmals wieder eine neue Partei gegründet, die aber bei näherer Betrachtung nicht wirklich neu ist. Schon 1989 gab es eine Organisation namens Res Publica, die allerdings nach der Unabhängigkeit nie in Erscheinung getreten war. Die nun registrierte Partei wird unterstützt von Ex-präsident *Lennart Meri*, der auch in der damaligen Res Publica politisch aktiv gewesen war. Die Gründung der Partei hängt nach *Ewald Mikkel*s Ansicht auch mit der Chanclosigkeit der Generation der unter 30-jährigen zusammen, in – ohnehin jungen – anderen Parteien schnell Karriere zu machen.³

Vorsitzender wurde zunächst *Rein Taagepera*. Der inzwischen fast 70 Jahre alte Exil-Este aus Kalifornien, der halbjährig an der Universität Tartu Politische Wissenschaft lehrte, hatte lange gezögert⁴, und sein einziges Engagement als Politiker daniert auf die Präsidentschaftskandidatur von 1992, als er sich von *Saaris*s Zentrumsparlei nominiert ließ. Allerdings hatte *Taagepera* auf dem Gründungskongress der neuen politischen Kraft angekündigt, dass er nur für ein halbes Jahr zur Verfügung stehe. Zu den nächsten Kommunalwahlen müsse die Partei einen Ersatz finden. Zu seinem Nachfolger wurde *Tõnis Palts* bestimmt, der bis zu dem erwähnten Misstrauensvotum durch Zentrums- und Reformpartei in Tallinn für die Vaterlandsunion Bürgermeister gewesen war. Res Publica erhielt also reichlich Zuwachs aus anderen konservativ-liberalen Parteien, während *Taagepera* seit 1992, als er für die Zentrumsparlei als Präsident kandidiert hatte, keiner Partei mehr zuzurechnen gewesen war und der spätere Ministerpräsident *Juhan Parts* vorher parteipolitisch überhaupt nicht aktiv gewesen war. Nichtsdestotrotz erzielte die neue Partei in Umfragen zunächst dürftige Ergebnisse, die teilweise zur Freude der etablierten Parteirepräsentanten sogar den Einzug in das Parlament fraglich erscheinen ließen. Res Publica machte außerdem durch die eigene Finanzierung von sich reden, weil die Aktivisten sowohl Geld von Banken liehen, als auch eigenes Vermögen einbrachten und dies komplett offen legten – ganz im Unterschied zum häufig hinter den Kulissen stattfindenden Sponsoring.⁵

Die Reformpartei vereinigte sich mit der Partei „Russisch-Baltische Partei in Estland – Vene Balti Erakond Eestis“ von *Sergei Ivanov*, der den Schritt damit begründete, dass sich eine Vertretung der russischstämmigen Staatsbürger nicht realisieren lasse. *Silm Kallas* kommentierte nur, es gebe in jedem Volk Menschen mit unterschiedlichen Interessen, solche die eher links und solche die eher rechts stünden. Überdies gab es Anstrengungen,

3 „The founders of Res Publica were unable to carve out careers in the 'old', established parties. Facing the prospect of exclusion from the top power positions for the next 20-30 years until the core of the current political establishment (now in their thirties and forties) will be ready to leave the political scene, political activists from this generation decided to design their own political project. They made a serious effort to secure the support of specific circles of the business community who were, for different reasons, dissatisfied with their position vis-à-vis the political and economic process. A diverse group of politicians and well-known public figures who had been excluded from the current elite establishment or who were disappointed with recent socio-economic and political developments were, therefore, effectively incorporated into the new project.“ in: *Ewald Mikkel*, Europe and the Estonian parliamentary election of 2 March 2003, RIIA/OERN Election Briefing No 11, May 2003, S. 4.

4 Diese Zurückhaltung spiegelt sich nicht wider in seinem Beitrag für den Sammelband der Universität Tartu über die Wahlen 2003, vgl. *Rein Taagepera*, Res Publica tõus ja tulevik, in: *Rein Taamla* (Hrsg.), a.a.O., S. 165 – 177.

5 Vgl. *Ewald Mikkel*, a.a.O., S. 5.

die Reformpartei mit Res Publica zu vereinigen, die aber bisher wegen der sehr unterschiedlichen Wahlchancen zu keinem Ergebnis führten.

Vor der Wahl zum Europäischen Parlament 2004 änderten außerdem die Moderaten schließlich ihren Namen in Sozialdemokratische Partei (Sotsiaaldemokraatlik Erakond).

1.3. Das Ergebnis der Wahl zum estnischen Parlament vom 2. März 2003

Die Wahl in Estland am 2. März 2003 sorgte sowohl für Überraschungen als auch Bestätigungen (vgl. Tabelle 1).⁶ Wie prognostiziert siegreich die Zentrumsparlei mit einem Stimmenanteil von 25,4 Prozent. Damit wurde sie zwar stärkste Partei, aber ihre Fraktion ist nicht größer als jene von Res Publica, die 24,6 Prozent erhielt. Deren Spitzenkandidat *Juhan Parts* war vorher Präsident des Rechnungshofes und gab diesen Posten zugunsten der Spitzenkandidatur für Res Publica auf. Im 101-köpfigen Parlament haben beide Parteien je 28 Sitze. Überraschend an diesem Ergebnis war, dass Umfragen vorher die Zentrumsparlei deutlich über- und Res Publica deutlich unterbewertet hatten.⁷ Doch wie schon 1999 blieb *Saaris* von der Regierungsbildung ausgeschlossen. War *Kallas'* 2002 geschlossenes Bündnis mit der Zentrumsparlei eine Koalition auf Zeit, um selbst an die Macht zu kommen⁸, war nun klar, dass *Saaris*, der sich seit seinem Rücktritt als Innenminister wegen seiner heimlich aufgetragenen Sonderungsgespräche, in dauerhafter Opposition befunden hatte⁹, erneut keinen Partner finden würde – und dies obwohl Präsident *Rüütel* ihn als Vertreter der nach Prozentsätzen stärkeren Partei trotz offensichtlicher Chancenlosigkeit zunächst mit der Regierungsbildung beauftragt hatte.

wurde die auf den ersten Blick politisch überraschend wirkende so genannte Drei-Regelion gebildet: Res Publica, Reformierakond (Reformpartei) und Rahvaliid (Volksunion). Für die beiden erstgenannten als liberal-konservativ geltenden Kräfte wäre die Vaterlandsunion sicher ein denkbarer und ideologisch nahe liegender Partner gewesen. Der Angst vor dem Verdikt der Bevölkerung und drei Jahre Koalitionserfahrung mit *Kari Laar* als Regierungschef ließen die Partner jedoch die Volksunion wählen, welche sich den derzeitigen Präsidenten *Arnold Rüütel* stellt. Die Koalition wollte offensichtlich an der derzeitigen Popularität der Volksunion und ihres Präsidenten profitieren, und so hatte *Parts* dem Drängen seiner Partei nachgeben, die Vaterlandsunion nicht für eine möglichst breite Mehrheit im Parlament in die Regierung aufzunehmen. Stoff für inhalt-

6 Bemerkenswert an diesem Wahlkampf war die Professionalität der Wahllogs: So setzte Res Publica auf „Vali kord – Wähle die Ordnung“, die Zentrumsparlei auf eine breit angelegte Kampagne mit dem Spruch „Meiega võidavaks kõik – Mit uns gewinnen alle.“ Die Moderaten wiederum besann sich auf ihr sozialdemokratisches Gedankenkonzept und wandten sich mit „Tõsi ja lapsed – Arbeit und Kinder“ an Familien. Die Reformpartei entschied sich für: „Vali parem tulevik – wähle die bessere Zukunft“. Eher nicht in jedem Land denkbar war ein in rosa gehaltenes Plakat der Vaterlandsunion, welches *Kallas* und *Saaris* unter dem Schriftzug „große Liebe“ zeigte.

Vgl. *Ewald Mikkel*, a.a.O., S. 3.

Hierzu gibt es in Estland auch andere Meinungen, vgl. *Jüri Raus*, a.a.O., S. 43 – 72.

Vgl. *Axel Reetz*, From Personality to Anti-coalition: Exclusion as a Principle of Coalition Making, in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Nr. 6 (108), Tallinn 2001/2002, S. 137 – 144 und Nr. 7 (109), Tallinn 2001/2002, S. 134 – 144.

Tabelle 1: Ergebnis der Parlamentswahl in Estland vom 2. März 2003

Partei	Stimmen	Mandate
Zentrumspartei (Keskerakond)	25,4%	28
Res Publica	24,6%	28
Reformpartei (Reformierakond)	17,7%	19
Volksunion (Rahvaliid)	13,0%	13
Moderate Volkspartei (Isamaaliit)	7,3%	7
Moderate Volkspartei (Rahvaerakond) (Möödlatkad)	7,0%	7
Vereinigte Volkspartei (Ühendatud Rahvaerakond)	2,2%	3
Christliche Partei (Kristlik Erakond)	1,1%	1
Unabhängigkeitspartei (Iseseisvuspartei)	0,5%	0
Sozialdemokratische Arbeitspartei (Sotsiaaldemokraatlik Tööerakond)	0,4%	0
Russische Partei in Estland (Venelaste Erakond Eestis)	0,2%	0
Einzelkandidaten	0,4%	0

Quelle: www.rtiigikogu.se.

liche Konflikte war vorhanden, denn die Volksunion wollte wie die Zentrumspartei die Einführung eines progressiven Steuersystems, während Res Publica Steuersenkungen favorisierte. Die Koalition zerbrach, nachdem Ministerpräsident *Juhan Parts* aufgrund einiger Skandale unter anderem wegen im Ministerium verschwundener Papiere Außenministerin *Kristina Ojuland* von der Reformpartei entließ. Dies geschah gegen ihren Willen, denn eigentlich fielen die beanstandeten Vorfälle nicht nur in ihre Amtszeit. Die Reformpartei zog sich daraufhin aus der Koalition zurück. *Parts* gab schließlich am 24. März 2005 sein Amt auf; seit April ist *Andrus Ansip*, Vorsitzender der Reformpartei, neuer Ministerpräsident. Mit der Zentrumspartei stand seiner Partei ein starker Partner bereit, der, da *Edgar Savisaar* Bürgermeister von Tallinn ist, einer Regierung unter Führung der eigentlich kleineren Fraktion der Reformpartei zustimme.

2. Letland

2.1. Veränderungen im Parteiensystem

War Letland schon zu den vergangenen Wahlen das baltische Land mit den meisten neuen Parteien, so blieb die politische Landschaft auch 2002 unruhig. *Einars Repše*, Mitbegründer der Unabhängigkeitsbewegung LINNK¹⁰ war seit der Unabhängigkeit Präsident der Nationalbank und wegen der Stabilität der Landeswährung kontinuierlich einer der populärsten Personen im Lande. Daran änderte auch seine Rolle als oberste Bankenaufsicht während der Bankenkrise 1995 nichts.¹¹ *Repše* gründete 2002 die „Neue Zeit – Jaunais Laiks“¹², welche mit einem populistischen Programm antrat, das gekonnt auf der

¹⁰ LINNK war ursprünglich die Abkürzung für „Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustība – Letlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung“. Später wurde daraus eine Partei gegründet, deren Namen auf die Abkürzung nunmehr nur noch bedingt passte.

¹¹ Vgl. *Axel Retz*, Demokratische Transformation im Baltikum, in: ZPart, 30. Jg. (1999), H. 4, S. 924 – 955.

¹² Mitunter raucht die Übersetzung „Neue Ära“ auf, die sich vor allem an das Englische anlehnt; wo der Name meist als „New Era“ übersetzt wird.

Klaviatur postsowjetischer Einstellungen spielte. Dazu gehörten Forderungen nach einer Verringerung der Bürokratie, was als Kampfansage gegen jene Amtsträger verstanden wurde, die angeblich unrechtmäßig viel verdienen. Darin äußerte sich die Hasstliche gegenüber dem Staat, dessen Amtsträger sich gleichzeitig selbst kontrollieren sollen.

Bemerkenswert war schon *Repše*'s Einstieg in die Politik. Er hatte zur Gründung seiner Partei zwei Konten eingerichtet, damit die Wähler ihm persönlich und der Partei spenden konnten. Die für ihn selbst zu sammelnde Summe sollte ihm als Absicherung dienen, da er den gut dotierten Posten in der Nationalbank aufgeben musste. Obwohl beide angestrebten Summen nicht annähernd erreicht wurden, gründete *Repše* seine Partei. Im Wahlkampf wurde er belächelt, weil er eine absolute Mehrheit im Parlament anstrebte und populistische bis ins Autoritäre gehende Forderungen aufstellte. Die höchsten Beamten seien zu politisieren und seiner persönlichen Entscheidungsgewalt zu unterstellen, um sie im Falle von Verstößen entlassen zu können.

Die Vereinigung „Zentrum – Centus“, welche die vor Jahren in mehrere Parteien zerfallene „Demokratische Partei Witt – Demokrātiskā Partija – Saimnieks“ im Grunde wieder aktiviert, deren wesentliche Träger die Demokratische Partei von *Andris Ameriķis* und *Juris Čelmiņš* sowie die Arbeitspartei von *Ainars Krūmiņš* und seiner Frau *Iga* waren. *Krūmiņš* ist als früherer Finanzminister nun in der Hauptstadt Riga für Stadtentwicklung zuständig. *Ziedonis Čerņevs*, unter dessen Führung diese Politiker früher zu Saimnieks gehörten, wollte am Zentrum jedoch nicht teilnehmen und versuchte, die „Letische Freiheitspartei – Latvijas Brīvības Partija“ ins Leben zu rufen, was jedoch wegen weniger als 200 Teilnehmern am Gründungskongress misslang. Der Name der Partei hätte außerdem mit jenem der Partei von *Odijsis Kostanda* „Für Letlands Freiheit – Latvijas Brīvība“ verwechselt werden können.¹³ *Kostanda* beteiligte sich nunmehr am Zentrum.

Wie seit längerem absehbar spaltete sich die „Sozialdemokratische Vereinigung – Sociāldemokrātiskā apvienība“ von LSDSP und LDDP¹⁴ dort, wo vor einigen Jahren die Vereinigung stattgefunden hatte. Die Vernunftfehe der beiden sich sozialdemokratisch nennenden Parteien, die jeweils allein wenig Chancen auf den Einzug ins Parlament hatten, konnte die von Beginn an bestehenden Meinungsverschiedenheiten nie überwinden.

Der aus den früheren Kommunisten stammende Flügel um Parteichef *Juris Bojārs*, der selbst wegen seiner Vergangenheit als KGB-Mitarbeiter keinerlei öffentliche Ämter einnehmen darf, hat die nationalistic denkende andere Seite hinter *Egils Baldzēns*, der aus der Volksfront kommt, spätestens seit der Zusammenarbeit mit der früheren Interfront im Stadtrat von Riga nach den Kommunalwahlen 2001 gründlich vergrämt. Anfangs gab es einige Versuche, eine gemeinsame Sprache mit den Nationalisten zu finden, doch die früheren Kommunisten hinter *Aļfrēds Rubiķis* sowie dessen Koalitionspartner in der Fraktion „Für die Menschenrechte in einem integrierten Letland – Par cilvēka tiesībām vienotā Latvijā“ unter *Jānis Jukāns* setzen sich letztlich durch. Schon vor der Vereinigung, als *Baldzēns* noch wehment gegen die Pseudo-Sozialdemokraten agitierte, war seine eigene Partei trotz historischer Wurzeln noch weniger erfolgreich als die Konkurrenz des charismatischen *Bojārs*. Dass *Baldzēns* mit seiner nunmehr abgespaltenen Partei „Sozialdemokratische Vereinigung – Sociāldemokrātiskā Savienība“ chancenlos war, zeichnete sich ab, nachdem bekannte Personen

¹³ Zu deren früherer Gegnerschaft vgl. *Axel Retz*, Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung, in: Sonderband der ZPart, 26. Jg. (1995), S. 300 – 324.

¹⁴ LSDSP – Latvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku Partija (Letlands Sozialdemokratische Partei der Arbeiter), LDDP – Latvijas Demokrātiskā Darba Partija (Letlands Demokratische Partei der Arbeit).

wie *Ingrīda Ūdre*¹⁵, eine frühere Politikerin der Neuen Partei von *Ainars Šters* und *Raimonds Pauls*, ihre Erwägung einer Mitarbeit nicht realisierten. Aber auch der *Bojārs*-Flügel ist nicht frei von Zerwürfnissen; so wurde mit *Dainis Avāns* der frühere Vorsitzende der Volkshorn zum neuen Vorsitzenden gewählt. Im August schließlich verparten die lettischen Behörden dem von Letlands Weg kommenden und zeitweilig sehr populären *Jānis Adamsons* wegen früherer Mitarbeit beim Geheimdienst weitere Kandidaturen.

Die „Erste Partei – Larvijas Pirmā Partija“ wird geführt von dem Priester *Ēriks Jēkabsons*, der aber nicht ihr einziger Kirchenmann ist, warum sie auch „Priesterpartei – Mācītāju partija“ genannt wird. Er bestätigte zwar, dass dieser Name zu Sport führen könne und somit Gefahren in sich birge, er sei aber gewählt, um den Willen zur Führung und zu einer besseren Politik zu unterstreichen. Diese neue Partei solle schließlich christliche Werte vertreten, weshalb sich ihr vernünftig auch *Ainars Šters* anschloss. Ihre Umfragewerte waren jedoch zunächst niedrig, worüber sich der in Letland wegen der überregionalen Bedeutung seiner Stadt wichtige Bürgermeister von Ventspils, *Ainars Lembergs*, schon lustig machte, nachdem die Partei angeklündert hatte, mit Oligarchen wie *Lembergs* oder *Šķēle* nicht zusammenzuarbeiten und alles unternehmen zu wollen, dass diese in der Opposition blieben.

2.2. Das Ergebnis der Wahl zum lettischen Parlament vom 5. Oktober 2002

Die Wahl vom 5. Oktober 2002 hat die politische Landschaft grundlegend verändert (vgl. Tabelle 2). Abgewählt wurden die Regierenden. Davon profitierten wieder neue Parteien mit politischen Neulingen, unter die sich allerdings auch eine Menge alter Bekannter mischten. Zunächst scheiterte die langjährige Regierungspartei „Letlands Weg – Larvijas Ceļš“ knapp an der Fünf-Prozent-Hürde¹⁶, und der wiederholte nationalistische Koalitionspartner „Für Vaterland und Freiheit / Letlands Nationale Konservative Partei – Tēvzemei un Brīvībai / LNKK“ wurde zur kleinsten Fraktion im Parlament zurückgestutzt, die jetzt etwa so groß ist, wie 1993 „Für Vaterland und Freiheit“ allein, als die Unabhängigkeitsbewegung LNKK noch eine eigene, viel größere Fraktion hatte. Während die Sozialdemokraten von *Juris Bojārs*, welche die zu Beginn der letzten Legislaturperiode unter bewusstem Ausschluss des Wahlsiegers „Volkspartei – Tauras Partija“ gebildete Minderheitsregierung unter *Vilnis Krištopans*, damals Letlands Weg, gestützt hatten, ebenfalls nicht in das Parlament zurückkehrten, konnte die Volkspartei selbst sich als drittstärkste Kraft behaupten. Die erst zur Wahl 1998 gegründete Partei schob sich mit einer intensiven Wahlkampagne an den anderen liberal-konservativen Kräften vorbei, obwohl der Vorsitzende, *Andris Šķēle*, der noch 1995/96 als parteiloser Ministerpräsident extrem populär war, in seiner neuerlichen Regierungszeit 1999 bis 2000 in der Wähler-

¹⁵ *Ūdre* war später Parlamentspräsidentin und Kandidatin für ein EU-Kommissariat. Sie wurde aus politischen Gründen aberufen. Siehe unten.

¹⁶ Ausschlaggebend für die Niederlage von Letlands Weg dürfte auch ein Skandal wenige Tage vor der Wahl in Valmiera gewesen sein. Mitglieder von Letlands Weg hatten die Volkspartei diffamierende Flugblätter verteilt, woraufhin Ministerpräsident *Andris Bērziņš* (Letlands Weg) wegen der anschließenden angeleglichen Überreaktion der Polizei Innenminister *Māris Segliņš* vom Koalitionspartner Volkspartei entließ.

Tabelle 2: Das Ergebnis der Parlamentswahl in Letland vom 5. Oktober 2002

Partei	Stimmen	Mandate
Neue Zeit (Jaunais Laiks)	23,9%	26
Politische Vereinigung von Organisationen „Für die Menschenrechte in einem integrierten Letland“ (Politisko organizāciju apvienība „Par cilvēka tiesībām vienotā Latvijā“)	19,0%	25
Volkspartei (Tauras Partija)	16,6%	20
Letlands Erste Partei (Larvijas Pirmā Partija)	9,5%	10
Union von Grünen und Bauern (Zaļo un Zemnieku Savienība)	9,4%	12
Vereinigung „Für Vaterland und Freiheit“/LNKK (Vienotība „Tēvzemei un Brīvībai“/LNKK)	5,4%	7
Union Letlands Weg (Savienība Larvijas Ceļš)	4,9%	
Letlands Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Larvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku Partija)	4,0%	

Neben dem kandidierten zwölf weitere Parteien: Letgallens Licht (Largales Gaismas): 1,6%; Union der Sozialdemokraten (Soциāldemokrātu Savienība): 1,5%; Sozialdemokratische Wahlfraktion (Soциāldemokrātiskā izlases Frakcija): 1,3%; Politische Vereinigung „Zentrum“ (Politiskā Apvienība „Centrs“): 0,6%; Russische Partei (Krievu Partija): 0,5%; Lettische Partei (Larviešu Partija): 0,4%; Letlands Partei der Wiedergeburt (Larvijas Atdzimšanas Partija): 0,3%; Freiheitspartei (Brīvības Partija): 0,2%; Maria Land (Māras Zeme): 0,2%; Partei „Unser Land“ (Partija „Mūsu Zeme“): 0,1%; Progressive Zentrumspartei (Progressīva Centriskā Partija): 0,1%; Letlands Vereinigte Partei der Republikaner (Larvijas Apvienotā Republikāņu Partija): 0,1%.

Quelle: www.saeima.lv.

stark an Zustimmung verloren hatte. *Šķēle* ist es dennoch gelungen, in dieser kurzen Zeit eine Partei aufzubauen, die man offensichtlich nicht mehr nur auf seine Person reduzieren kann.

Die großen Gewinner der Wahl sind die „Neue Zeit“ *Einars Rēpīte*, die so wie 1998 *Šķēle* seiner Volkspartei den Sprung aus dem Stand an die Spitze schaffte, sowie „Für die Menschenrechte in einem integrierten Letland“, die ohne große Werbung zweitstärkste Partei wurde. Ins Parlament gelangten außerdem noch Letlands Erste Partei und die Union der Bauern und Grünen – *Zemnieku un zaļu partijas savienība*, der sich zu-
 zeitlich sowohl *Ingrīda Ūdre* als auch *Vilnis Krištopans* angeschlossen hatten.

Die stabile Mehrheit zu finden war für Wahlsieger *Rēpīte* schwierig, weil er mit *Šķēle* nicht zusammenarbeiten wollte. Die große Volkspartei auszuschließen bedeutete jedoch politisch, dass nunmehr statt drei Fraktionen derer vier für eine Mehrheit erforderlich seien. Als Partner der Neuen Zeit standen schon in der Wahlnacht die Erste Partei, Für Letland und Freiheit und die Bauernunion so gut wie fest. Dennoch dauerten die Verhandlungen sehr lange, nicht zuletzt weil *Rēpīte* verlangte, dass nicht hinter verschlossenen Türen beraten wurde, mit dem Erfolg, dass kaum jemand wagte, vor laufenden Kameras eine konkrete Position zu vertreten. Doch *Rēpīte* blieb auch später dabei, dass Kabinettsgespräche generell öffentlich waren. Die Erste Partei präsentierte *Ainars Šters* als Wirtschaftsminister, der unter *Krištopans*, damals für die Neue Partei, dieses Amt bereits einmal inne gehabt hatte. *Rēpīte* akzeptierte *Šters* im Kabinett, obwohl er noch vor der Wahl betont hatte, keine Person auf einem Posten zu dulden, den sie schon einmal be-
 zogen hatte, doch erhielt er als stellvertretender Regierungschef kein Portfolio. Die politische Entwicklung blieb somit mehr als unübersichtlich, weil die letzten Jahre durch ein „Juddelmüde“ von veränderten Parteienamen und Neugründungen geprägt waren, be-

gleiter von munterem Parteiwechsel diverser Spitzenpolitiker.¹⁷ So vertritt die Bauernunion neben Expremier *Kristiyanus* auch *Ingrida Udre*, die ihrerseits zusammen mit *Šteers* im letzten Parlament zu den wichtigsten Politikern der Neuen Partei zählte. Dessen neue Partei die Erste Partei oder eben auch Priesterpartei, wirkt durch das Engagement des religiös aktiven *Šteers* wie eine Umgründung der Neuen Partei, welche er zunächst auch in die Neue Christliche Partei umbenannt hatte.

2.3. Das Scheitern der Regierung *Repsis* und die Minderheitsregierung von *Ermsis*

Da die Koalition „Für die Menschenrechte in einem integrierten Letland“ unter dem früheren Volksfront-Außenminister *Jānis Jurkāns* neben seiner eigenen Partei der Volksharmonie auch die Sozialisten und die Bewegung „Gleichberechtigung – Līdzietība“ umfasst, die von den Gegnern der Unabhängigkeit *Alfrēds Rubiis*, der wegen seiner Rolle während des Augustputsches 1991 sechs Jahre im Gefängnis verbrachte, und *Tatjana Zānoka* geführt werden, wurde sie von allen anderen Parteien gemieden. Die beiden erwähnten Politiker sind bis heute die verhassten des Landes und dürfen wegen ihrer Vergangenheit selbst nicht kandidieren. *Jurkāns*’s „Partei der Volksharmonie – Tauras Saistības Partija“, die sich die Vertretung der Minderheitenrechte auf die Fahnen geschrieben hat, fände einen Partner wohl nur in den Sozialdemokraten, mit denen sie als Juniorpartner seit Frühjahr 2001 im Stadtrat der Hauptstadt Riga regiert. Doch die Partnerschaft ist schwierig, weil der Chef der Sozialdemokraten, *Juris Bojārs*, eher nationalistisch eingestellt ist, obwohl er seinerseits wegen früherer Geheimdienstätigkeit das Schicksal von *Rubiis* teilt. Der Konflikt ist entschärft, seit sich die Sozialdemokraten gespalten haben. *Bojārs* vertritt den aus den gewenderten Kommunisten hervorgegangenen Flügel, der sich vor einigen Jahren mit der traditionellen Sozialdemokratie vereinigt hatte, um 1998 erstmals überhaupt ins Parlament zu gelangen. Doch da die inneren Widersprüche kaum eine Legislaturperiode unternützt werden konnten, erhielten beide sozialdemokratischen Parteien mit der Niederlage bei den nationalen Wahlen 2002 einen Denkzettel. Zu Beginn des Jahres 2004 schließlich verabschiedete sich *Jurkāns* mit seiner eigenen Partei aus der Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kommunisten. Nichtsdestotrotz musste auch er eine weitere Spaltung hinnehmen, denn im gleichen Jahr schlossen sich fünf Abgeordnete seiner Partei der Ersten Partei an. Neben dem erwähnten Besonderen *Repsis* schon vor der Parteigründung und während des Wahlkampfs sprach er durch weitere Auffälligkeiten während seiner anschließenden Regierungszeit hervor, unter anderem durch eine offensichtlich fehlende Furcht vor Konflikten mit den Parlamentsfraktionen. *Repsis* wurde übereinstimmend immer wieder ein Kommunikationsproblem vorgeworfen wie auch die Konzentration von Macht in der Staatskanzlei, in der beispielsweise Korruptionsbekämpfung und Beamtenverwaltung zusammengeführt wurden – und dies vor dem Hintergrund einer Gesetzesänderung, die dem Regierungschef erlaubte, jeden unter Korruptionsverdacht stehenden Beamten zu entlassen. Er scheute sich nicht, Beamte öffentlich zu belohnen wie Kinder, arbeitete aber selbst normalerweise exakt bis 17 Uhr mit dem Argument, dass nur ein erhobter Mensch ein guter Mitarbeiter sein könne.¹⁸

¹⁷ Vgl. *Bernard Grogan/Ewald Mittel/Rein Taagepera*, Fission on Fusion of Parties in Estonia, in: *Journal of Baltic Studies*, 31. Jg. (2000), S. 349.

¹⁸ Aber *Repsis* werden nicht nur diese politischen Vorwürfe gemacht, er fiel auch immer wieder durch Äußerungen auf, die Politik und Presse erregten und erheiterten, zum Beispiel im Sommer 2001 als Erklärung für seine Forderung nach einer Honorarwisperde: „Ich kann mir nicht erlauben, diese Arbeit aufzugeben und mich in unbekannte Gewässer begeben, wenn ich das auch gerne würde. Ich bin kein Jungendlicher oder Student mehr, ich habe Familie und Kinder sowie auch einige Schulden.“ Bei den Verhandlungen über den Haushalt 2003 im Dezember 2002: „Was wir nicht verstehen, streichen wir.“ Anlässlich einer Pressekonferenz nach den ersten 100 Tagen im Amt im Februar 2003: „Sie wissen schon gut, dass *Repsis* ein lange bekannter

Sicher hat *Repsis* die lettische Gesellschaft gespalten. Die Umfragen belegen, dass er noch mehr als seinerzeit *Kristiyanus* von einem der beliebtesten zu einem der am stärksten abgelehnten Politiker abrutschte. Ein – berechneter – sachlicher Vorwurf betrifft die Minderheitenpolitik der *Repsis*-Koalition. Zwar wurde ein Ministerium geschaffen und mit *Māris Muiznieks* auch hochkarätig besetzt, dennoch habe die Regierung den versprochenen Dialog mit den Minderheiten verpasst. Vielmehr wurde beschlossen, dass Schulen für Schüler nicht-lettischer Muttersprache das Lettische in den meisten Fächern als Unterrichtssprache verwenden müssen. Anfang 2004 gab es aus diesem Grunde die seit langen größten Demonstrationen.¹⁹ Doch *Repsis* beschäufte sich mit der Kritik selten inhaltlich. Oft sprach er über Neuwahlen, die ihn erneut legitimieren sollten. Den Anspruch auf das Amt des Regierungschefs gab weder er noch seine Partei direkt auf, als es zum Sturz der Regierung kam.

Zu Jahresbeginn 2004 führte der Konflikt mit der Ersten Partei um *Šteers* zu dessen Entlassung und anschließend zum Austritt der Partei aus der Regierung. Eine Minderheitsregierung war unmöglich, weil sich die anderen Parteien in Opposition zu *Repsis* vereinten, nur „Für Vaterland und Freiheit“ stütze ihn noch. Diese Partei bildete während der Verhandlungen über ein neues Kabinett einen Anti-Block mit der Neuen Zeit, da sie in eine Regierung ohne den großen Partner nicht eintreten wollte. Das wollten wiederum die anderen Parteien nicht, doch auch die Volkspartei konnte als Partner gegen die Neue Zeit keine Mehrheit zusammen bringen. Obwohl, wie Präsidentin *Vaira Vīķe-Freiberga* treffend bemerkte, eine Koalition der Mitte-Rechts-Parteien angesichts ihrer 75 Mandate einfach zu bilden sein müsste, dauerten die Verhandlungen dennoch lange. Die Präsidentin zwang die Parteien schließlich zu einem Kompromiss, indem sie die von der Neuen Zeit geforderte Neuwahl ebenso ablehnte wie eine erneute Ernennung *Repsis*, dessen Scheitern sie seinem Regierungssui anlaserte. *Repsis* konnte sich mit diesem Verdikt nicht abfinden. Er bezeichnete die Situation im Parlament als chaotisch, die Opposition habe den Sturz der Regierung zu verantworten.

So kam es bei der zweiten Regierungsbildung nach den Wahlen seit 1993 zu einer Kompromisskandidatur. Die Präsidentin nominierte einen Politiker, der keiner der beiden großen Parteien angehört: *Indulis Ermsis*, ein grüner Aktivist der ersten Stunde und derzeit Vertreter der Vereinigung *Bauern und Grüne*. Weil auch für ihn die Suche nach Partnern nicht einfach war, wollte man die Mehrheit links suchen, nachdem wenigstens die Sozialistische Partei angekündigt hatte, bei der Vertrauensabstimmung zu fehlen, was dem Kandidaten hilft, denn er braucht nur die absolute Mehrheit der anwesenden Abgeordneten. Da die Partei der Volksharmonie eine ähnliche Ankündigung verweigerte, entfiel diese Möglichkeit aber. Außerdem war klar, dass eine Regierung mit Unterstützung von Links erhebliche Probleme hervorrufen würde, weil diese Parteien obligatorisch die Änderung des Bildungsgesetzes verlangen, also den Verzicht auf die Einführung von Lettisch als Unterrichtssprache für die Schüler der Minderheiten. *Ermsis* bildete schließlich ab 9.

Marsmensch ist und natürlich vertückt: „Im Februar 2004 in einem Brief an Parteimitglieder als Erläuterung seiner Verweigerung der Zusammenarbeit mit einem Untersuchungsausschuss: „Der Ausschuss möge *Jākobsons* bitten, alle seine privaten Notizen vom vergangenen Jahr einzuziehen, um herauszufinden, welche Mädchen er in Ausnutzung seines Amtes auf Riger Straßen emorordnet hat. Ja, und wissen Sie, er ist tatsächlich am Abend durch Riga gelaufen, ich habe ihn selbst gesehen.“ Zitiert nach www.politika.lv.

¹⁹ Zum traditionellen mit viel Aufwand begangenen ersten Tag des neuen Schuljahres, dem 1. September 2004, wurden teilweise Ausschreitungen zwischen Schülergruppen verschiedener Nationen erwartet, die jedoch ausblieben.

März 2004 eine Minderheitsregierung mit der Volkspartei und der Ersten Partei. Unterstützung gab es vor allem von *Jarkāns*, für dessen Partei diese Koalition immer noch annehmbar war als eine Regierung unter Beteiligung von „Für Väterland und Freiheit“ und Neuer Zeit.

Vielmehr wurde dem Kompromisskandidaten und seinem Kabinett ein baldiger Sturz vorhergesagt, zu dem es in der Tat Ende Oktober kam, weil die Volkspartei gegen das von ihrem eigenen Finanzminister vorgelegte Budget in erster Lesung stimmte. Als Grund wurde angegeben, man sei erschüttert über die Versuche des Regierungschefs, mit der Partei der Volksharmonie über eine Unterstützung zu verhandeln. Gleichzeitig aber brauche die Regierung, da in der Minderheit, die Zustimmung von Abgeordneten anderer Fraktionen. Ein weiterer Grund mag in der langwierigen Diskussion über die Benennung von Parlamentspräsidentin *Ingrīda Ūdre* zur EU-Kommissarin liegen. Nach dem Beitritt am 1. Mai 2004 war zunächst die damalige Außenministerin der Regierung *Reģis, Sandra Kalniete*, eine Vertreterin der Volkspartei, entsandt worden. Doch zum Zeitpunkt der Benennung eines endgültigen Kandidaten im Sommer war schließlich eine andere Regierung an der Macht, deren Regierungschef *Emsis* sein Recht zur Bestellung nutzte und seine Parteifreundin berief.²⁰

Dass *Indulis Emsis* ein unbeliebter Ministerpräsident war, stand spätestens seit diesem Versuch, *Ingrīda Ūdre* als EU-Kommissarin durchzusetzen, fest. Außerdem war er als Vertreter der Grünen dem größeren Koalitionspartner Volkspartei ein Hindernis auf dem Weg in die Staatskanzlei. Nachdem die Regierung aufgrund der Ablehnung des Haushaltses stürzte, war zunächst unklar, ob die Präsidentin nun den Fraktionsvorsitzenden der Volkspartei *Aigars Kalvītis* oder *Krišjānis Kariņš*, den Fraktionschef der Neuen Zeit, die stärksten Partei im Parlament, vorschlagen würde. Über diese Frage gab es heftige Diskussionen, weil starke Kräfte in der Neuen Zeit einer Regierung unter Führung der kleineren Volkspartei nicht beitreten wollten. *Kalvītis* konnte sich schließlich durchsetzen. Seit 2. Dezember 2004 steht er einer Koalition aus Volkspartei, Neuer Zeit und der Ersten Partei vor.

Es bleibt also dabei, dass die Regierungen in Lettland kurzlebiger sind als in anderen postsocialistischen Staaten. Kaum mehr als ein Jahr sind sie im Durchschnitt im Amt. Fest steht aber auch, dass die Politik ihre Ziele vor allem außenpolitisch nie geändert hat und die politischen Institutionen durch den häufigen Wechsel der Amtsträger nicht grundsätzlich handlungsunfähig sind, wenn auch Ministerwechsel und besonders nach 2002 lange Koalitionsverhandlungen das Arbeitstempo bremsen.²¹ Darum ist *Wolfgang Merkel* und *Kai Sternulf* zuzustimmen, wenn sie das Wahlergebnis von 2002 sogar als Rückschritt werten.²² Die Meinung, *Reģis* habe das Land um fünf Jahre zurückgeworfen, wird auch von Einheimischen geteilt.

20 Diese Berufung sorgte für viel Wirbel in Lettland. Dehna, eine Nichtregierungsorganisation, die Transparency International angehört, warf der Regierung Korruption vor, woraufhin die Präsidentin der Nichtregierungsorganisation einen Verfassungsverstoß vorwarf. Allerdings sind sich auch einheimische Kommentatoren darüber einig, dass so umstritten und gegebenenfalls unbeliebt die berufene Politikerin auch sein mag, beide Vorrwürfe absurd sind.

21 Ein weiteres Problem stellt die Fluktuation der Ministerialmitarbeiter dar. Weil in der Geschäftswelt besser verdient wird, bleiben junge Leute häufig nur kurz auf Positionen im Öffentlichen Dienst.

22 Vgl. *Wolfgang Merkel/Kai Sternulf*, Gutachten zum Stand der wirtschaftlichen und politischen

Hinzu kommt die nach wie vor virulente ethnische Frage: „Auch wenn gegenwärtig eine Eskalation nicht zu erwarten ist, kann erst nach der staatsbürgerlichen Integration aller in Lettland lebenden Russen von einer politischen Gemeinschaft die Rede sein. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit zu sehen. Allerdings werden dabei überwiegend die Russen für die Errichtung des kommunistischen Regimes in Lettland verantwortlich gemacht. Auch wenn es für dieses Elitenverhalten historische Gründe geben mag, sind sie mit den demokratischen Grundsätzen eines mündeltheitsensiblen Staatsbürgerrechts unvereinbar. Die Vergangenheitbewältigung ist immer noch zu deutlich an der Aufrechnung aus der autoritären Vergangenheit als an der Gestaltung der demokratischen Zukunft ausgerichtet.“²³ Dagegen steht, dass es von Seiten Russlands an einer Entschuldigung für das Unrecht der Sowjetunion analog zur Nachkriegspolitik der Bundesrepublik Deutschland fehlt. Russland verweigert beispielsweise seit 1995 die Unterzeichnung der mit Estland und Lettland paraphierten Grenzverträge, in denen beide baltischen Staaten sämtlichen – also auch territorialen – Forderungen der russischen Seite nachgegeben haben. Auch der Verbleib eines Teils von pensionierten Offizieren der Roten Armee, die oftmals zum Pensionseintritt noch nicht 50 Jahre alt waren, stellt ein hohes Maß an Akzeptanz der Folgen einer jahrzehntelangen völkerrechtswidrigen Politik dar und ist damit sicher als Engenkommen zu werten. Zur Überprüfung der Rechte der russischen Minderheit wurde 1993 je eine OSZE-Beobachtermission in Estland und Lettland eingerichtet, deren Empfehlungen zur Änderung des Staatsbürgerrechts, wenn auch teilweise gegen den Widerstand nationaler politischer Kräfte und mit dadurch verursachten Verzögerungen, vollständig umgesetzt wurden. Ende 2001 erklärten die OSZE-Missionen dann ihr Mandat offiziell für beendet.

Die bewusst gewählte Konzeption der historischen Kontinuität zur Ersten Republik hatte den Anschluss von gut einem Drittel der Wohnbevölkerung Lettlands von der Staatsbürgerschaft zur Folge,²⁴ so *Merkel* und *Sternulf*.²⁵ Indes: Völkerrechtlich haben die baltischen Republiken nie aufgehört zu existieren – trotz sowjetischer Okkupation infolge des *Hitler-Stalin*-Paktes. Es gibt also keine erste und zweite Republik.²⁵ Damit bestreitet niemand das Ziel der Integration. Allerdings trifft *Merkel* und *Sternulf* Behauptung von einer Verwurzelung der Russen in Lettland nicht zu. Ganz im Gegenteil lehnten die russischen Migranten das Erlernen des Lettischen zu weitaus ab. Die Identifizierung erfolgte zumeist mit der „großen Sowjetunion“.

Litauen

1. *Pakėsa*' Wahl zum Präsidenten, das Impeachment und die erneute Präsidentschaftswahl

Im Vorabend der Präsidentschaftswahl 2002 galt Amtsinhaber *Valdas Adamkus* als klarer Favorit. Zwar hatte er seine erste Wahl gegen *Artūras Paulauskas* nur mit knappem Vorsprung gewonnen, weil, wie generell in den baltischen Staaten, viele Bürger den aus dem Rückzug gekehrten Landesleuten misstrauen. Doch *Adamkus* hatte sich souverän von dessen negativen, oft von Neid geprägten Image emanzipieren können. Mit seinem Sieg wurde also gerechnet, obwohl Gegenkandidat *Pakėsa* ebenfalls sehr populär war. Sein Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten aus Protest gegen den höchst unpopulären

²⁰ Transformation in Lettland 1998–2002, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, CAP Manuskript.

²¹ Vgl. ebenda.

²² Vgl. ebenda.

²³ Besonders der zweimalige Außenminister Erlands, *Taormas Hendriks Ilvss*, legte auf diese Feststellung immer größten Wert.

Verkauf der Raffinerie Mažeikijū Nafta an den amerikanischen Konzern Williams 1999, welcher wiederum von *Adamkus* unterstützt worden war, harte seiner Glaubwürdigkeit in einem sonst eher politikverdrossenen Land eher genützt. Das Ergebnis des ersten Wahlganges am 22. Dezember 2002 bestätigte aber die Vermutungen: *Adamkus* lag mit 35,53 Prozent deutlich vor *Pakšas* mit 19,66 Prozent.²⁶ Dennoch gelang es diesem, im zweiten Wahlgang am 5. Januar 2003 mit 54,71 Prozent *Adamkus* (45,29 Prozent) zu schlagen. Er konnte erheblich mehr Wähler der gescheiterten Kandidaten auf seine Seite ziehen, so dass am Ende sein Sieg sogar höher ausfiel als jener von *Adamkus* über *Paulauskas* 1998.

Pakšas wird von Politikern in Litauen als Populist bezeichnet, der es verstanden habe, die Sympathien der Bauern mit überzogenen Versprechungen einer baldigen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gewonnen zu haben. Er vertrat eine politische Mischung aus Law and Order mit Forderungen nach der Todesstrafe für Drogendealer und nationaljistischen Untertönen. Seine Vergangenheit als Flieger und erfolgreicher Geschäftsmann hatten den Politiker bereits mehrfach in hohe Staatsämter gebracht, wobei er zweimal die Partei wechselte. Zunächst war er für die konservative Vaterlandsunion von *Vytautas Landsbergis* Bürgermeister der Hauptstadt Vilnius (Wilna), danach wurde er Regierungschef. Sein Protest gegen die Privatisierung von Mažeikijū Nafta erwies sich überdies nachträglich als nicht unberechtigt. Die US-Amerikaner zogen sich zurück und veräußerten die Raffinerie ihrerseits 2002 an den russischen Lukoil-Konzern – ein Trauma für Bevölkerung und politische Elite, immerhin war diese davon ausgegangen, mit dem Verkauf an die Amerikaner die Abkoppelung von Russland zu festigen. *Pakšas* trat nach seinem Rückzug den Liberalen bei, die damals noch eine Splitterpartei waren, und führte sie zu einem großen Sieg in der Parlamentswahl von 2000. Nach dem Sturz seiner Minderheitsregierung in Koalition mit den Sozialliberalen von *Paulauskas* entschloss er sich zur Präsidentschaftskandidatur und gründete mit der Litauischen Liberal-demokratischen Partei seine eigene politische Kraft.²⁷

Bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes war aufgefallen, dass *Pakšas* offensichtlich über umfangreiche finanzielle Unterstützung verfügte und vor der Stichwahl Werbematerialien in großer Menge mit teils demagogischem Inhalt gegen *Adamkus* verbreitete, wonach der amtierende Präsident den Westen und die verdorbene litauische Elite vertritt. Kaum nachdem *Pakšas* auf diese Weise eher überraschend ins Amt gewählt worden war, verlich er einem seiner wichtigsten Geldgeber, dem russischen Millionär *Juri Borisov*, die Staatsbürgerschaft Litauens. Dieser Akt wurde ihm politisch zum Verhängnis. Man warf ihm vor, damit gegen die Verfassung verstoßen zu haben, weil der Russe für die Mafia und den Geheimdienst des Nachbarlandes arbeite. Es bestand überdies der Verdacht, *Borisov* sei mit seiner Firma in illegale Waffengeschäfte mit dem Sudan verwickelt. In

26 Ergebnisse der weiteren Kandidaten: *Artūras Paulauskas* 8,31%; *Vytautas Šerėnas*: 7,75%; *Vytautas Povilas Anštutkaitis*: 7,30%; *Kazimiera Danutė Prunskienė*: 5,04%; *Juozas Edvardas Prėtraitis* 3,74%; *Eugenijus Gembis*: 3,08%; *Julius Veckas*: 2,23%; *Algimantas Mantulavičius*: 2,22%; *Kazys Bobelis*: 1,91%; *Vytautas Ananas Mantulavičius*: 1,86%; *Kęstutis Glaveckas*: 0,52%; *Vytautas Susauskas*: 0,37%; *Vytautas Bernatoniis*: 0,25%; *Algirdas Pilvelis* 0,14%; *Rimantas Jonas Dageys* 0,09%.

27 Litauische PolitikerInnen kritisieren auch das Logo der neuen Partei, das neben einem Adler sonst von Nationalisten verwendete Insignien des historischen Großfürsten *Gediminas* noch Eichenblätter zeigt. Dies habe nichts mit Liberalität und Demokratie zu tun, sondern wirke stattdessen militärisch.

mingschrittenen Telefonaten forderte der Russe Gegenleistungen, damit *Pakšas* nicht als „politische Leiche“ ende.²⁸

Artikel 86 der litauischen Verfassung sieht ein Impeachment vor, wenn der Präsident entweder die Verfassung oder seinen Amteid gebrochen oder ein Verbrechen begangen hat. Im November beauftragte das Parlament, der Seimas, einen Sonderausschuss mit der Untersuchung. Nachdem dieser am 2. Dezember 2003 die erhobenen Vorwürfe bestätigte, initiierten die Mitglieder der größten Fraktionen im Parlament das Impeachment. Das litauische Verfassungsgericht bestätigte im März 2004 die Anwendbarkeit des Artikels 86, und am 6. April 2004 stimmten mehr als die erforderlichen drei Fünftel der litauischen Abgeordneten für die Amtsenthebung von *Rolandas Pakšas*.

Das Verfassungsgericht erklärte darüber hinaus am 31. Dezember 2003 die Erteilung der Staatsbürgerschaft an *Borisov* für verfassungswidrig und erkannte dem Russen den Status ab. *Pakšas* zeigte sich jedoch zu jedem Zeitpunkt uneinsichtig. Er nannte den Skandal einen Komplott korrupter politischer Eliten gegen einen gewissenhaften Präsidenten. Er habe mit keiner Handlung dem litauischen Staat geschadet, und schließlich mache er *Borisov* sogar zu seinem Berater für Öffentlichkeitsarbeit. Während dieser, dessen Tochter die litauische Staatsbürgerschaft hat, sich nach wie vor bei ihr und damit im Lande aufhielt, schickte sich *Pakšas* an, erneut als Präsident zu kandidieren, was zunächst gesetzlich durchaus möglich war. Das Parlament änderte jedoch anschließend das Gesetz, das nunmehr einem des Amtes enthabenen Präsidenten fünf Jahre lang keine neuerliche Kandidatur erlaubt. Das von den Parteigängern von *Pakšas* im Parlament angerufene Verfassungsgericht erklärte die Änderung des Wahlgesetzes später für verfassungsgemäß. *Pakšas*' Glaubwürdigkeit hatte auf dem Lande unter seinen treuesten Anhängern nicht so viel eingebüßt, dass die Möglichkeit eines neuerlichen Erfolges ausgeschlossen gewesen wäre.²⁹

Valdas Adamkus entschloss sich erneut zur Kandidatur, verzichtete aber auf die offizielle Unterstützung von Liberalen und Zentrumsunion und trat als unabhängiger Kandidat an. *Artūras Paulauskas*, der als Parlamentspräsident nach der Absetzung von *Pakšas* die Amtsgeschäfte führte, stand hingegen nicht wieder zur Verfügung. Die Sozialdemokraten nominierten *Čalovai Jursėnas*. Trotz Unterstützung durch die Arbeitspartei und die Vaterlandsunion wollte *Petrus Aštrėvičius*, der frühere Chefhändler bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU, unabhängig bleiben und eventuell sogar verzichten, sollte *Valdas Adamkus* sich erneut für eine Kandidatur entscheiden. Nachdem *Adamkus* im ersten Wahlgang am 13. Juni 2004 mit gut 30 Prozent der Stimmen der Nächstplatzierten, *Kazimiera Danutė Prunskienė* von *Valstiečių ir Naujosios demokratijos partijų sąjunga* (Vereinigung der Parteien der Bauern und der Neuen Demokratie), um zehn Punkte überlegen gewesen war, entschied er zwei Wochen später die Präsidentschaftswahl mit 51,89 Prozent für sich.

28 Vgl. *Jochim Tauber*, Zur politischen Kultur Litauens: in: *Der Bürger im Staat*, 54. Jg. (2004), Heft 2-3, S. 130.

29 Vgl. www.press.lt/cgi-bin/article_le.asp vom 5. März 2004; www.delfi.lt/archive vom 2. Juni 2004.

3.2. Hinwendung der Arbeitspartei zu populistischen Forderungen

Obwohl das litauische Parteiensystem Ende der 1990er Jahre als relativ stabil angesehen und für die Zukunft ein „Konkurrenzsysten auf moderatem Niveau“ prognostiziert wurde,³⁰ zeigen sich inzwischen die Grenzen der politischen Stabilität und ein Trend zu populistischen Versuchungen. Das beste Beispiel ist derzeit die „Arbeitspartei – Darbo partija“, deren Führer *Victor Uspackis*³¹ die Unzufriedenheit derjenigen nutzt, die als Verlierer des Systemwechsels anzusehen sind. Die Wählerschaft der Arbeitspartei ist meist älter als 50 Jahre, hat einen niedrigen Bildungsgrad und ein geringes Einkommen; viele russisch sprechende Bürger zählen zur Anhängerschaft.³² Der rasante Aufstieg der erst am 18. Oktober 2003 gegründeten Partei zeigte sich zunächst in einem klaren Sieg bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 mit 30,36 Prozent. Die Arbeitspartei verstand es, das Protestpotential mit populistischen Slogans zu bindeln, aber auch mit einer stillschweigenden Akzeptanz der Sowjetnostalgie auf sich aufmerksam zu machen; folgerichtig näherten sich die spärlichen programmatischen Aussagen stark einem sozialistisch geprägten Staatsverständnis an, dessen Kapitalismuskritik sich vor allem in Zweifel und Misstrauen gegenüber einer freien Marktwirtschaft äußert. *Uspackis* selbst ist ein Milliardär, der als Unabhängiger bereits 2002 in das Parlament gewählt wurde und zunächst mit der „Neuen Union (Sozialliberale) – Naujoji Sąjunga (Socialliberalai)“ von *Antanas Paulauskas* sympathisierte.

Im Programm der Arbeitspartei heißt es, sie sei aus tiefer Sorge um die Nation und die Härten für die Bevölkerung gegründet worden. Über ihre Beurteilung als populistische Partei ist sie sich im Klaren³³, und viele ihrer Forderungen sind in der Tat populistisch: Jeder einzelne Politiker und Beamte solle für seine Entscheidungen verantwortlich sein, auf allen politischen Ebenen das imperiative Mandat eingeführt werden. Die verlangte Direktwahl aller Abgeordneten und Bürgermeister ist dagegen so wenig zu beanstanden wie die Verlagerung von Verantwortung von der Zentrale an untergeordnete Gebietskörperschaften als verstärkte Implementation des Subsidiaritätsprinzips – ähnliche stärkere direktdemokratische Kontrollen und Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung werden auch von anderen politischen Kräften verlangt. Die Akzentuierung durch eine Senkung der erforderlichen Anzahl von Unterschriften für ein Referendum von 300.000 auf 200.000 ist dafür vielleicht nicht einmal nötig, sollte aber nach Ansicht der Partei realisiert werden.

Deutlicher populistischen Charakter haben die Forderungen im sozialen und ökonomischen Bereich, darunter jene, den Unterschied im Lebensstandard zwischen Litauen und dem EU-Durchschnitt zu vermindern. Die Bedeutung der Provinz als Hort der litauischen Kultur wird beschworen, die es durch Förderung auch der Landwirtschaft zu erhalten gelte. In sozialen Fragen werden Versprechungen gemacht, deren Realisierungsg-

30 Vgl. *Joachim Tauber*, Politische System Litauens, in: *Wolfgang Ismayr* (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S. 175.

31 Die litauische Grammatik erfordert zum Deklinieren eine männliche Endung; daher auch *Victor Uspackis*.

32 Vgl. www.delfi.lt/archive/print.php?id=39004936.
33 Vgl. entsprechende Passagen des englischsprachigen Programms, www.darbopartija.lt.

möglichkeit mit keinem Wort erwähnt wird.³⁴ Als patriotisch erweist sich die Arbeitspartei mit der Forderung nach einer Stärkung der litauischen Sprache, der Einfluss von Fremdsprachen soll vermindert werden. Abschließend wird noch markant der Kampf gegen die Schattenwirtschaft und das organisierte Verbrechen angekündigt.³⁵

3.3. Änderungen im Wahlgesetz

Die regierende Koalition aus Sozialdemokraten und Sozialliberalen unter *Algirdas Brazauskas* beschloss im Juli 2004, also nur rund drei Monate vor der kommenden Parlamentswahl, eine neuerliche Änderung des Wahlgesetzes: Das litauische Parlament wird seit 1992 nach einem Grabenwahlsystem zusammengesetzt, bei dem 71 der 141 Mandate im Einmannwahlkreisen vergeben werden. Nachdem es in der Vergangenheit Schwierigkeiten gegeben hatte, einzelne Mandate überhaupt zu besetzen, weil die Mindestbeteiligung verschiedenerlich nicht erreicht wurde, war die zweite Wahlrunde vor den letzten Wahlen im Jahre 2000 ebenfalls kurz vor der Wahl abgeschafft worden. In kontroverser Diskussion wurde diese Entscheidung nun wieder rückgängig gemacht. Die oppositionellen Parteien Heimatunion und Zentrumunion hielten es für falsch, das Wahlgesetz so kurz vor dem Urnengang zu ändern.³⁶ Dennoch gab es Stimmen, welche die populistische neue Arbeitspartei an einem Sieg hindern wollten, der dem Wahlsystem geschuldete Präsident *Adamkus*, 2000 ebenfalls amtierend, hatte seinerzeit durch ein Verbot versucht, die Änderung zu verhindern und begriffte nun die Rücknahme. Der Direktor des Wahlausschusses, *Zemona Vieguskas*, sagte, in der ersten Runde gewinne gewöhnlich der populärste Kandidat, in der zweiten Runde solle dem Wähler die Chance gegeben werden, den für alle im Wahlkreis akzeptabelsten Kandidaten zu wählen. Das neue Gesetz verlangt nunmehr eine absolute Mehrheit der Stimmen bei einer Beteiligung von mehr als 40 Prozent. Um frühere Probleme zu vermeiden, darf bei einer geringeren Beteiligung ein Kandidat in die zweite Runde, wenn er wenigstens 20 Prozent der registrierten Wähler im Wahlkreis hinter sich hatte.

4. Das Ergebnis der Wahl zum litauischen Parlament am 10. und 24. Oktober 2004

Zeichnend bei diesem Urnengang waren zwei Aspekte: Erstens gab es eine drastische Entwicklung der Wahlbeteiligung, die nur bei 44,31 Prozent lag, während sie vier Jahre

34 So soll der Preis für die Heizung, in postsozialistischen Staaten oftmals das Vielfache der eigentlichen Miete, unter 20 Prozent des Familieneinkommens gehalten werden. Rentner mit geringer Pension sollen unterstützt und die Rente generell später um gut ein Drittel erhöht werden. Darüber hinaus wird freie zahnmedizinische Prophylaxe für Jugendliche bis 18 Jahren und eine deutliche Erhöhung der Einkommen von Personal im Gesundheitswesen angestrebt. Generell ist es in den baltischen Staaten außerdem ein Problem, dass viele Kinder die Schule nicht regelmäßig besuchen. Das soll sich ändern. Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen Mahlzeiten und Lehrmaterial erhalten.

35 Vgl. ebenda.

36 Vgl. BNS (Baltic News Service), Juli 2004.

zuvor noch 58,63 Prozent betragen hatte. Zweitens ist die Fragmentierung des Parlamentes erstmals seit 1992 wirklich hoch. Früher waren zwar viele kleine Parteien mit Einzelkandidaten vertreten, die Regierungsfaktionen waren jedoch groß genug für eine regierungsfähige Mehrheit. Das hat sich nun deutlich geändert (vgl. Tabelle 3). Die Litauer haben damit erstmals ein Parlament, das postsozialistischen Resultaten im Baltikum entspricht. Da die Arbeitspartei von *Viktor Uspaschik*, die in der ersten Runde der Wahlen noch ein ziemlich gutes Ergebnis verzeichnen konnte, bei der Stichwahl einen Dämpfer erlitt, blieb sie mit 39 Mandaten hinter den Erwartungen zurück. Sie ist damit zwar trotzdem die stärkste Einzelpartei, doch die beiden Rechtsparteien, die Vaterlandsunion unter *Andrius Kubilius* und die Liberale Zentrumunion unter *Artūras Zuokas*, konnten gemeinsam deutlich mehr Sitze gewinnen.

Tabelle 3: Das Ergebnis der Parlamentswahl in Litauen vom 10. und 24. Oktober 2004

Partei	Stimmen in Prozent	Mandate	Direktmandate	Gesamt
Arbeitspartei (Darbo Partija)	28,44	22	17	39
Vaterlandsunion (Konservative, Politische Gefangenene und Deportierte, Christliche Demokraten) (Tėvynės sąjunga (konservatoriai, politiniai kaliniai ir tremtiniai, krikščioniškieji demokratų))	14,75	11	14	25
Algirdas Brazauskas' und Artūras Paulauskas' Koalition „Arbeit für Litauen“ (A. Brazauskas ir A. Paulausko koalicija „Už darbą Lietuva“)	20,65	16	15	31 (20)*
Rolandas Paksas' Koalition „Für Ordnung und Gerechtigkeit“ (Rolando Pasko koalicija „Už tvarką ir teisingumą“)	11,36	9	1	10
Union von Liberalen und Zentrum (Liberalų ir centro sąjunga)	9,19	7	11	18
Union der Bauernpartei und Neuer Demokratie (Valstiečių ir Naujosios demokratijos partijų sąjunga)	6,60	5	5	10
Litauens Wahlaktion der Polen (Lietuvos Lenkų rinkimų Akcija)	3,79		2	2
Einzelkandidaten			6	6

* Die in der letzten Spalte in Klammern genannten Angaben beziehen sich auf die beiden Einzelparteien der Sozialdemokraten, die Demokratische Partei der Arbeit von *Algirdas Brazauskas* und die Neue Union – Sozialliberale von *Artūras Paulauskas*. In den Einmannwahlkreisen traten sie getrennt, bei den Proporzmandaten jedoch mit gemeinsamer Liste an.

Außerdem kandidierten acht weitere Parteien: Christlich-konservative Liste Soziale Union (Krikščionių konservatorių socialinė sąjunga): 1,96%; Litauens Christdemokraten (Lietuvos krikščionys demokratai): 1,37%; Nationale Zentrumspartei (Nacionalinė centro partija): 0,50%; Republikanische Partei (Respublikonų partija): 0,36%; Litauens Sozialdemokratische Union (Lietuvos socialdemokratinė sąjunga): 0,33%; Litauens Freiheitsunion (Lietuvos laisvės sąjunga): 0,28%; Nationale Partei „Litauens Weg“ (Tautinė partija „Lietuvos kelias“): 0,22%; Litauens Nationale Union (Lietuvių tautinė sąjunga): 0,21%.

Quelle: www.seimas.lt

Da eigentlich keine andere Partei mit der Arbeitspartei zusammenarbeiten wollte, wurde zunächst über eine große Koalition der sozialdemokratischen Kräfte mit der Vaterlandsunion spekuliert, die aber vermutlich unter starken inneren Spannungen gelitten hätte. Die „Union der Bauernpartei und der Neuen Demokratie – Valstiečių ir Naujosios demokratijos partijų sąjunga“ der früheren Ministerpräsidentin *Kazimiera Prunskienė* hingegen war nicht stark genug als Partner für *Brazauskas* und *Paulauskas*. So kam es schließlich doch – erstmalig nach 1991 in Litauen – zu einer drei Parteien umfassenden Koalition der Linken mit der Arbeitspartei. Diese – obwohl stärkste Kraft in dieser Regierung – überließ *Brazauskas* das Amt des Ministerpräsidenten und *Paulauskas* das Amt des Parlamentspräsidenten. *Brazauskas* konnte dieses Modell durchsetzen, weil Präsident *Adamkus* bereits vorher angekündigt hatte, einen Ministerpräsidenten *Uspaschik* nicht nominieren zu wollen. Dieser gab nach und verzichtete als Führer der stärksten Parlamentspartei auf das hohe Amt. Zunächst war zwar vorgesehen, die Partei *Prunskienės* einzubeziehen, doch wollte *Brazauskas* dem Wunsch nach zwei Ministerien nicht nachgeben. Bei der Opposition stieß das Bündnis zweier ehemaliger Kommunisten mit einem angeblich von russischen Wirtschaftsinteressen geprägten Politiker auf Unbehagen. Wie stabil die neue Regierung sein wird und wie verlässlich der Partner Arbeitspartei, der parlamentarisch noch unerfahren ist, bleibt abzuwarten. Mit Sicherheit würde die Oppositionsrolle mehr Gelegenheiten für populistische Forderungen bieten, als Koalitionspartner dagegen könnte sich die neue Partei eher aufreihen.

4. Die baltischen Staaten als neue Mitglieder der Europäischen Union

4.1. Der EU-Beitritt: Verhandlungen und Referenden

Ein wichtiges Thema der vergangenen Jahre war die Westintegration der baltischen Staaten. Sämtliche Regierungen aller drei Staaten haben über Jahre hinweg kein anderes politisches Ziel verfolgt als den Beitritt zu NATO und EU. Zunächst verhielt sich der Westen jedoch zurückhaltend. Bilaterale Abkommen wurden erst 1995 unterzeichnet, vier Jahre nach vergleichbaren Vereinbarungen mit Polen, Ungarn und Tschechien und zwei Jahre nach der Slowakei, Rumänien und Bulgarien. 1997 wurden dann zunächst nur die Esten zu Verhandlungen um den Beitritt zur EU eingeladen, mutmaßlich aus rein ökonomischen Aspekten. Dieser kleine Vorteil hat das von der ersten Reformregierung unter *Māris Kārs* 1992 bis 1994 begründete Image vom baltischen Tiger Estland weiter gefördert.³⁷ Doch schon 1999 wurden die beiden anderen Staaten ebenfalls an den Verhandlungstisch gebeten, und den Litauern wurde später häufig bescheinigt, bei den Gesprächen besonders zielstrebig zu sein, ja die Esten bereits überholt zu haben. Dennoch erfolgte der Beitritt letztlich doch gleichzeitig, nachdem die Referenden im Baltikum wie auch in den anderen Kandidatenländern positiv ausgefallen waren, obwohl Estland lange Zeit das euroskeptischste der Kandidatenländer war.³⁸ Gleichzeitig war die politische Elite in allen

37 Ende der 1990er Jahre hat diese Entscheidung durchaus einen Keil in die baltische Zusammenarbeit geritten. Die Versuche, Estland als nordeuropäisch und nicht zum postsozialistischen Raum zählend zu definieren, waren gerade in dieser Phase populär.

38 Vgl. *Ewald Mikkel*, a.a.O., S. 4.

Ländern immer so dezidiert pro-europäisch, dass unter den Parteienparteien keine einzige den Beitritt grundlegend ablehnte – nicht einmal die Fraktionsgemeinschaft „Für die Menschenrechte in einem integrierten Lettland“.³⁹ Die Zentrumspartei in Estland war allerdings über dieser Frage gespalten.

Dieser breiten parlamentarischen Zustimmung standen vielerlei Bedenken in der Bevölkerung entgegen, die teils – wie etwa in Fragen der Landwirtschaftspolitik Brüssels – durchaus berechtigt waren, in anderen Aspekten von Emotionen getragen waren und völlig falsche Assoziationen weckten. So war oftmals der Vergleich Europäische Union = Sowjetunion zu hören, denn man fürchtete, nach Jahren der Befehlsmäßigkeitscharaktere gegenüber Moskau nun die Anweisungen aus Brüssel empfangen zu müssen. Entsprechend gestärkten sich auch die Kampagnen der Beitrittsgegner: Lettland werde nur acht Mandate von 732 im Europäischen Parlament (EP) haben, Entscheidungen aber zunehmend auf Mehrheit beruhen, was einen geringen Einfluss Lettlands auf gegebenenfalls sehr problematische Beschlüsse für das eigene Land bedeuten würde, während Regelungen für einen eventuellen Austritt vor Verabschiedung der EU-Verfassung völlig im Unklaren lägen. Es fehlten natürlich auch nicht populistische Behauptungen wie jene, mit dem Beitritt zur EU würden Kriminalität und der Migrationsstrom wachsen.⁴⁰

Tabelle 4: Referendum über den Beitritt zur EU 2003 im Baltikum

Land	Datum der Abstimmung	Beteiligung	Ja	Nein
Estland	14. September 2003	64,06%	66,83%	33,17%
Lettland	20. September 2003	72,50%	67,00%	32,30%
Litauen	10./11. Mai 2003	63,37%	89,92%	8,85%

Quelle: www.rtiigikogu.ee; www.saeima.lv; www.seimas.lt.

Entsprechend der Bedenken fanden sich die Gegner zumeist auf dem Lande, während der aufkommende städtische Mittelstand, der während des vergangenen Jahrzehnts vom politischen und wirtschaftlichen Umbruch am meisten profitiert hat, für die EU optierte. Umfragen belegen allerdings auch immer wieder, dass sehr viele Menschen noch unentschieden waren. Und so konnten die Befürworter letztlich siegen, wo vielfach die skeptische ältere Generation auf die Hoffnungen ihrer Kinder und Enkel baute oder auf Bekannte, die vielleicht schon im Ausland studiert oder gearbeitet hatten. In Lettland wurde allgemein angenommen, dass der späte Abstimmungstermin für das Ergebnis nicht ohne Bedeutung war.

Die klare Entscheidung zugunsten eines Beitritts zur EU in den Referenden 2003 (vgl. Tabelle 4) war besonders in Estland und Lettland wegen der Höhe der Zustimmung eine Überraschung, auch wenn die Ergebnisse im Vergleich zu anderen postsowjetischen Staaten eher bescheiden ausfielen und in Umfragen das Ergebnis sogar lange auf der Kippe zu stehen schien. Die positive Entscheidung in Litauen, die zeitlich deutlich vor den

Abstimmungen in den nördlichen Nachbarländern lag, beförderte dort sicherlich das Ja zur EU. Das Referendum in Lettland fand seinerseits exakt eine Woche nach der Abstimmung in Estland statt – wohl von der Regierung nicht unbedacht so terminiert, war doch in Lettland die Stimmung gegenüber der EU besonders negativ und die Sorge vor einer Isolierung mit dem gegebenenfalls einzigen Nein in Osteuropa groß.⁴¹ Dabei verwundert, dass viele ethnische Russen, die über die Staatsbürgerschaft, also auch das Wahlrecht verfügen, die Wesintegration besonders stark ablehnten, obwohl der Beitritt sich auf die Minderheitenrechte eher fördernd auswirken sollte.⁴² Schwieriger wird dagegen eventuell eine Reise nach Russland.

4.2. Die Wahlen zum EP vom 13. Juni 2004 in Estland, Lettland und Litauen

Die Wahl zum Europäischen Parlament hat in allen baltischen Staaten die Opposition gestärkt – ein Szenario, das aber nicht typisch ist für Ostmitteleuropa. Vergleichbare Resultate gibt es allerdings in vielen Staaten der Europäischen Union.⁴³

In Estland trat die größte Regierungspartei Res Publica mit dem einheimischen Forumomdel *Carmen Kass* als Spitzenkandidatin an, konnte aber kein einziges Mandat erlangen. Vielmehr siegen die Sozialdemokraten des früheren Außenministers *Toomas Hendrik Ilves* (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Die Wahl zum EP 2004 in Estland

Partei	Stimmen	Mandate	EP-Fraktion
Sozialdemokraten	36,8%	3	SPE
Reformpartei	12,2%	1	LIBE
Vaterlandsunion	10,5%	1	EVP
Zentrumspartei	17,5%	1	LIBE
Res Publica	6,7%		

Quelle: www.rtiigikogu.ee.

Das schlechte Abschneiden der Volkspartei, der größten Partei Lettlands in der damaligen Regierungskoalition, und der gleichzeitige Sieg von „Für Vaterland und Freiheit“, bedeutete eine klare Niederlage für die Regierung von Ministerpräsident *Indulis Emsis* (vgl. Tabelle 6). Das Ergebnis ist außerdem ein deutlicher Rechtswert. „Für Vaterland und Freiheit“ schloss sich in Straßburg der Union für das Europa der Nationen (UEN) an, der auch die „neo-gaullistische“ französische Rassemblement pour la France et l'Indépendance de l'Europe (RPFIE), die „postfaschistische“ italienische Alleanza Nazionale und die irische Fianna Fail angehören. Die Stärkung der politischen Flügelpositionen wird weiter unterstrichen durch den Einzug von „Für Menschenrechte in einem integrierten Lettland“, nunmehr ohne die Partei der Volksharmonie von *Jānis Jurkāns*. Den einzigen

39 Diese Fraktion umfasste lange auch die aus der Interfront hervorgegangene Sozialistische Partei, die nicht nur eine die russische Minderheit vertretende Partei sein möchte, sondern jahrelang vor allem unionistisch war. Vgl. *Axel Reetz*, Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten, Wittenbach 2004, S. 115, S. 144 f.

40 Vgl. 12 argumenti kāpēc balsot P R E T Latvijas piederības Eiropas Savienībai, undarteres Pamphlet ohne Autorenaugabe der Anti-EU-Bewegung in Lettland.

41 Vgl. *Ewald Mittel/Goffrey Prichard*, Clinching the 'Return to Europe': The Referendums on EU Accession in Estonia and Latvia, in: *West European Politics*, 27. Jg. (2004), S. 730.

42 Vgl. ebenda, S. 717.

43 Vgl. auch *Oskar Niedermayer*, Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 13. Juni 2004 in Deutschland: Ein schwarzer Tag für die SPD, in: *ZParl*, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 3 – 19.

Tabelle 6: Die Wahl zum EP 2004 in Lettland

Partei	Stimmen	Mandate	EP Fraktion
Für Vaterland und Freiheit	29,8%	4	VEN
Neue Zeit	19,7%	2	EVP
Für Menschenrechte in einem integrierten Lettland	10,7%	1	VEL
Volkspartei	6,6%	1	EVP
Lettlands Weg	6,5%	1	LIBE
Union der Grünen und Landwirte	4,8%	0	
Lettlands Erste Partei	4,4%		
Partei der Volksharmonie	3,4%		

Quelle: www.saeima.lv

Sitz für diese Partei wird *Tatjana Ždanoka* einnehmen, die von der nationalen Regierung – anders als im Inland – an der Wahrnehmung des EP-Mandates nicht gehindert werden kann. Die anhaltend große Popularität des zurückgetretenen Ministerpräsidenten *Einars Repše* verdeutlicht der zweite Platz bei diesem Umrangang. Die Partei ist auch in Umfragen nach wie vor beliebt. Interessant ist überdies das eine Mandat für Lettlands Weg. Die langjährige wichtigste Regierungspartei war 2002 nicht mehr ins Lettische Parlament gekommen.

In Litauen kündigte sich schon mit der EP-Wahl im Frühjahr an, welches Ergebnis die nationalen Wahlen im Herbst bringen würden (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Die Wahl zum EP 2004 in Litauen

Partei	Stimmen	Mandate	EP Fraktion
Arbeitspartei	31,6%	5	SPE
Sozialdemokratische Partei Litauens	14,7%	2	EVP
Heimatinion – Litauens Konservative	12,2%	2	LIBE
Liberaler Union	9,9%	2	EVP
Bauernpartei	7,8%	1	EVP
Liberal-demokratische Partei	6,8%	1	LIBE
Neue Union	4,9%		
Christdemokratische Partei Litauens	2,9%		

Quelle: www.seimas.lt

5. Fazit: Der „Pubertät“ noch nicht ganz entwachsen

Die politikwissenschaftliche Diskussion der ähnlichen und doch unterschiedlichen Entwicklungspfade der baltischen Staaten⁴⁴ dreht sich insofern im Kreis, als die Transformations- und Entwicklungstheorien einseitig zu umstrittenen Erklärungen neigen.⁴⁵ Die Transformation in

44 Nicht nur ich habe in vergangenen Publikationen immer wieder darauf hingewiesen, wie schnell trotz sehr ähnlicher Voraussetzungen eine große Verschiedenheit der Entwicklung binnen weniger Jahre nach der Unabhängigkeit in Estland, Lettland und Litauen entstanden ist. Vgl. auch *Karin Marnach*, Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme, in: *Dietz Sgerdt* (Hrsg.), Spätszialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996.

45 Eine ausführliche Diskussion der bis 2002 publizierten Theorien und Erklärungsansätze findet sich in *Axel Reetz*, Die Entwicklung der Parteiensysteme, a.a.O.

Osteuropa und insbesondere im Baltikum verläuft eben nicht so wie in Schwellenländern und Staaten der Dritten Welt. Auch hat das Karussell der Regierungen nichts am inzwischen erreichten politischen Hauptziel, der Westintegration, geändert. Die vierten Parlamente des Baltikums kamen somit im 13. Lebensjahr der wiedergewonnenen Unabhängigkeit und Demokratie aus der „Pubertät“ noch nicht ganz heraus. Dies belegt vor allem das Beispiel *Repše* in Lettland⁴⁶, wogegen die estnische *Res Publica* beinahe schon wie eine „große Schwester“ wirkt. Im Gegenteil zu den neuen Parteien in Lettland und Litauen ist sie keine Einmannpartei, was zeitweilig in Abwesenheit einer starken Führungsfigur auch ihre Achillesferse war.⁴⁷ Und noch einen interessanten Unterschied gibt es: *Hare Res Publica* im Herbst 2003 rund 4.100 Mitglieder, waren es bei der Neuen Zeit gerade einmal 320. Die lettischen Parteien bleiben damit auch für das Baltikum mittelmäßig schwach.⁴⁸ Gemeinsam haben sie dagegen nach Ansicht von *Allan Sikk*, dass sie in das auf *Paul Lucardie* zurückgehende Raster von „prolocutors“ passen⁴⁹, neue Parteien, die dem Wähler keine konkrete Ideologie anbieten, sondern alle Gruppen der Gesellschaft anzusprechen versuchen und im baltischen Fall sich den „purifiers“ mit ihrer Betonung des Kampfes gegen die Korruption annähern.⁵⁰

Inwieweit die Absetzung des litauischen Präsidenten *Rolandas Paksas* 2004 die demokratische Entwicklung beeinträchtigt, bleibt abzuwarten. Viel – negative – Presse war den Litauern natürlich einseitig sicher. Andererseits hat die junge Demokratie ihre Funktionsfähigkeit mit dem Verfahren bewiesen. Und: Härten stabilere Regierungen eine andere Entwicklung wollen oder provozieren können? Damit bleiben zwei nach wie vor gleiche Fragen im Raum stehen, nämlich erstens, ob die Instabilität der Regierungen sich fortsetzen oder es zu einer Konsolidierung im Parteiensystem kommen wird, und zweitens ist offen, ob die Bevölkerung in Zukunft politisch aktiver sein wird, als das im vergangenen Jahrzehnt der Fall war. Doch da Politikverdrossenheit auch im Westen nichts Unbekanntes ist, dürfte es einseitig bei einer Medien- und Elitendemokratie bleiben, in der sich der Bürger als Konsument von Politik verhält und die Eliten Entscheidungen weitgehend unter sich aushandeln.

Die vierten Wahlen seit der Unabhängigkeit 1991, die nur in Litauen nach der Wahl zum Europäischen Parlament stattfanden, in Lettland dagegen deutlich vorher, wurden überall – ohne Blick auf deren Charakter im Detail – von neuen Parteien gewonnen. Damit darf nun getrost konstatiert werden, dass die Parteiensysteme in den baltischen Staaten nach wie vor instabil sind, wenn sie nicht gar noch instabiler geworden sind, wie das litauische Beispiel zeigt. Damit heben sich Estland, Lettland und Litauen mittlerweile deutlich von anderen ostmitteleuropäischen Staaten ab, wo Parteien und Koalitionen sich

46 Von „Kinderkrankheiten“ spricht auch die ehemalige Ministerpräsidentin von Litauen, *Kazimiera Prunskienė*. Vgl. *Kazimiera Prunskienė*, *Leben für Litauen*: auf dem Weg in die Unabhängigkeit, Frankfurt am Main/Berlin 1992, S. 164 ff.

47 Vgl. *Allan Sikk*, *Successful new parties in the Baltic states: similar or different?*, Paper prepared for the conference, *The Baltic States: New Europe or Old?*, University of Glasgow, 22./23. Januar 2004, S. 5.

48 Vgl. ebenda, S. 7.

49 Vgl. *Paul Lucardie*, *Prophets, Purifiers and Prolocutors: Towards a Theory on the Emergence of New Parties*, in: *Party Politics*, 6. Jg. (2000), S. 175 – 185.

50 Vgl. *Allan Sikk*, S. 13 f.

für gewöhnlich eine Legislaturperiode an der Macht halten können⁵¹, wenn sie auch den nachfolgenden Urmengang verlieren. *Sikk* gibt allerdings zu Recht zu bedenken, dass im Falle von „abrupt developments of party systems“ wie in Osteuropa nicht viel anderes zu erwarten sei⁵² – und das, obwohl die Volatilität in Estland bis zur Wahl von 2003 verhältnismäßig niedrig war und nur deshalb dramatisch stieg, weil Res Publica aus dem Stand ein hervorragendes Ergebnis erzielte.⁵³

Eine interessante Frage wird nunmehr sein, ob die Notwendigkeit für die ins EP gewählten Abgeordneten, sich dort einer Fraktion anzuschließen, bei ihnen für mehr Klarheit über den eigenen politischen Standort sorgt, dies im Heimatland von der Bevölkerung rezipiert wird und folglich Einfluss auf die Ordnung des heimischen Parteiensystems nimmt. Einstweilen sind aber auch hier Zweifel erlaubt, denn die lettischen Regierungsparteien kommentieren ihre Niederlage stüffsamt: Es sei gut, wenn die Opposition, statt daheim für Störfuer zu sorgen, sich weit weg von der Heimat in Straßburg aufhalte. Trotz dieser oberflächlichen Gemeinsamkeiten ist die politische Entwicklung der drei Staaten zunehmend schwieriger zu vergleichen, denn zwischen der Wahl in Lettland 2002 und der in Litauen 2004 liegen fast zwei Jahre.

Axel Retz

51 Freilich haben in Polen, Tschechien und Ungarn jüngst alle drei unter postkommunistischen Regierungen den Ministerpräsidenten gewechselt.

52 Vgl. *Allan Sikk*, *A Carrel Party System in a Post-Communist Country? The Case of Estonia*, Paper prepared for the ECPR General Conference, Marburg, 18. bis 21. September 2003, S. 3.

53 Vgl. ebenda, S. 7; *Ewald Mikkel*, *Autawad vallimised Eestis võrdlevas postkommunistlikus perspektiivis*, in: *Rein Toomla* (Hrsg.), a.a.O., S. 32.

Parlamentarische Informations- und Kontrollressourcen in 22 westlichen Demokratien*

Die Kontrolle des Regierungshandelns gehört zu den klassischen Funktionen von Parlamenten.¹ In einer jüngeren Diskussion wird behauptet, dass die Mittel zur begleitenden Kontrolle (und Lenkung) des Regierungshandelns in parlamentarischen Systemen eher schwach entwickelt seien.² Der vorliegende Text soll durch eine standardisierte Deskrip-

* Wir bedanken uns bei *Matthias Lütker*, *Seifan Marshall*, *Ferdinand Müller-Kornmetz* und *Bernhard Wenzel* sowie bei *Franziska Höpcke*, *Susanne S. Schüttemeyer* und den Redakteuren der Zeitschrift für Parlamentarismus für wertvolle Hinweise und Anregungen.

1 Vgl. *John Stuart Mill*, *Utilitarianism, Liberty, Representative Government*, London/New York 1968 [1861], S. 239; *Walter Bagehot*, *The English Constitution*, Glasgow 1993 [1867]. Vgl. auch die Synopse von Funktionskatalogen bei *Fritz Schindler*, *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1999*, Berlin 1999, S. 2834 – 2847.

2 Vgl. *Kaare Strom*, *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*, in: *European Journal of Political Research*, 37. Jg. (2000), S. 261 – 289; ders., *Parliamentary Democracy and*